Förderfähige Ausgaben und Kosten, SMK-JTF-Richtlinie, FZR 2021 – 2027
Infoblatt VKO Personenbezogene Pauschale Lehrkräftefortbildungen

Anleitung zur Vereinfachten Kostenoption der Personenbezogenen Pauschale Lehrkräftefortbildungen (Personalausgaben)

Die personenbezogene Pauschale wird nach dem in Anlage 1 dargestellten Verfahren ermittelt.

Grundlage der Abrechnung der Vereinfachten Kostenoption sind Zeitstunden.

Zur Bestimmung der Personalausgaben je Personaleinsatzstunde bei der Umsetzung eines Vorhabens kommt als einheitliche Berechnungsgrundlage die gemäß Verordnung (EU) 2021/1060 Art. 55 Abs. 2 lit. a) vorgegebene Jahresarbeitszeit von 1.720 Stunden zur Anwendung.

Mitarbeitende Unternehmer oder Gesellschafter von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften können bis zu den Obergrenzen der Eingruppierungsmatrix (Anlage 2) kalkulieren und gefördert werden. SV-Beiträge sind bereits enthalten.

Vor- und Nachbereitungsaufwand des eigenen Personals, konzeptionelle Arbeit für das Vorhaben und technischer Support sind förderfähige Tätigkeiten im Vorhaben.
Um deren Verhältnismäßigkeit zu wahren, sind folgende Richtwerte bezogen auf die gesamte Einsatzzeit im Vorhaben unter Betrachtung der gesamten Vorhabensdauer zu beachten:

- Vor- und Nachbereitungsaufwand des eigenen Personals und des Technischen Support

Bei Qualifizierungsvorhaben kann der Vor- und Nachbereitungsaufwand für eigenes Personal sowie Personalausgaben für Technischen Support insbesondere in Zusammenhang mit der Vermittlung von EDV-Inhalten sowie beim Einsatz multimedialer Arbeitsmittel insgesamt bis zu 30% der Unterrichtsstunden gefördert werden.

- Konzeptionelle Arbeit für das Vorhaben

Die im Folgenden genannten zeitlichen Vorgaben gelten nicht, wenn die Konzipierung wesentlicher Bestandteil des Vorhabens oder das Vorhaben selbst ist.

Für die konzeptionelle Arbeit, die im Rahmen des Vorhabens geplant wird, gilt als Richtwert insgesamt 1 Personenmonat (160 Stunden) bei einer Vorhabensdauer von 1 Jahr Vollzeit. Für kürzere Vorhaben kann ein konzeptioneller Aufwand entsprechend anteilig geplant werden. Bis zu 40 Stunden konzeptionelle Arbeit können generell auch bei kürzeren Vorhaben geplant werden.

Beantragt ein Antragsteller Fördergelder für mehrere gleichartige oder immer wiederkehrende Vorhaben, für die konzeptionelle Aufwendungen nicht jeweils neu anfallen, vermindert sich der je Antrag anzuerkennende Vorbereitungsaufwand entsprechend.

Hinweise zur Nachweisführung:

Die geleisteten Stunden für Vor- und Nachbereitung und technischen Support sowie konzeptionelle Arbeit des Vorhabens werden bei Abrechnung und zum Verwendungsnachweis als Block mit Bezug auf das Gesamtvorhaben betrachtet.

Förderfähige Ausgaben und Kosten, SMK-JTF-Richtlinie, FZR 2021 – 2027
Infoblatt VKO Personenbezogene Pauschale Lehrkräftefortbildungen
Anlage 1
zur Vereinfachten Kostenoptionen in dem nichtinvestiven Vorhabensbereich Lehrkräftefortbildungen im Förderzeitraum 2021-2027
hier: Verfahren

Die Vereinfachte Kostenoption wird personenbezogen ermittelt und setzt sich aus einer dem tatsächlich gezahlten Entgelt laut Lohn-/Gehaltsnachweis (in Verbindung mit dem Arbeitsvertrag) oder bei Neueinstellungen dem gemäß Arbeitsvertrag zu zahlenden Entgelt sehr naheliegenden Vereinfachten Kostenoption zuzüglich einer Vereinfachten Kostenoption für den Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungsbeiträgen (Arbeitgeber-SV-Anteil) zusammen. Darüber hinaus findet eine Vereinfachte Kostenoption für den bruttolohnabhängigen Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung Anwendung.

Diese jeweils festgelegte Vereinfachte Kostenoption erfährt bis zum Vorhabensende keine Änderung. Für die Abrechnung und Nachweisführung ist im Folgenden nur noch diese Vereinfachte Kostenoption in Verbindung mit den tatsächlich erbrachten Stunden relevant.

Sofern der zu fördernde Mitarbeiter/die zu fördernde Mitarbeiterin zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht bekannt ist oder weder ein Arbeitsvertrag noch Lohn- und Gehaltsabrechnungen vorliegen, wird die Höhe der für diese Person geplanten Personalkosten dem Grunde nach bewilligt.
Sobald die erforderlichen Unterlagen für die einzusetzende Person nachgereicht worden sind, erfolgt eine Änderungsbewilligung zur Festlegung der personenbezogenen Vereinfachten Kostenoption. Gleiches gilt bei Personalwechsel. Maßgeblich für die Höhe der SV-Pauschalsätze ist der Zeitpunkt der Bewilligung des Änderungsantrages bzw. der Änderungsbewilligung.

Bei der Ermittlung der Vereinfachten Kostenoption wird wie folgt vorgegangen:

Es wird zunächst das monatliche Arbeitgeberbrutto berechnet, dieses wird anschließend auf ein Jahr umgerechnet.

<u>a) Berechnung des monatlichen Arbeitgeberbruttos:</u>

a. Beantragung des Arbeitnehmerbruttos gemäß Arbeitsvertrag oder Lohn-/Gehaltsnachweis (ohne freiwillige Leistungen, mit anteiligen Jahressonder- bzw. Einmalzahlungen); es werden nur die Bestandteile in die Berechnung einbezogen, die der Höhe nach bestimmbar sind, maßgebend ist die betriebliche Übung (einzureichende Unterlagen siehe Nachweisführung).

Sofern kein Arbeitsvertrag vorliegt, beispielsweise bei mitarbeitenden Unternehmern oder Gesellschaftern von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften (mUG) erfolgt die Bemessung der Höhe der Personenbezogenen Pauschale anhand der Höhe der Vergütung nach TV-L. Die Entnahmen des Vorjahres stellen bei mitarbeitenden Unternehmern oder Gesellschaftern zur Ermittlung der Personenbezogenen Pauschale keine belastbare Bemessungsgrundlage dar, da diese von der Ertragslage des Unternehmens abhängig und daher nicht zwingend Ausdruck einer angemessenen Vergütung für die im Vorhaben erbrachte Leistung sind.

Bei Teilzeitbeschäftigung sind vom Antragsteller die Anzahl der Arbeitsstunden im Rahmen einer regulären Vollzeit-Stelle im Unternehmen pro Arbeitswoche sowie die Anzahl der Arbeitsstunden im Rahmen der zur Förderung beantragten Teilzeitbeschäftigung pro Arbeitswoche anzugeben.

Bei Vereinbarung eines Stundenlohns im Arbeitsvertrag (bspw. bei wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften) wird das monatliche Arbeitnehmerbrutto (als Rechengröße) unter

Förderfähige Ausgaben und Kosten, SMK-JTF-Richtlinie, FZR 2021 – 2027
Infoblatt VKO Personenbezogene Pauschale Lehrkräftefortbildungen

Verwendung des vereinbarten Stundenlohnes und der vereinbarten wöchentlichen Stundenzahl, multipliziert mit 4,348 (durchschnittliche Wochenzahl je Monat gemäß § 24 TV-L) ermittelt.

- Beispiel Stundenlohn (bspw. geringfügig beschäftigte studentische Hilfskraft):

13,25 EUR/Stunde x 8 Arbeitsstunden/Woche (lt. Arbeitsvertrag) x 4,348 Wochen /Monat = 460,89 EUR pro Monat als weiter zu verwendende Rechengröße als Arbeitnehmerbrutto

Lohn-/Gehaltserhöhungen, welche zu Beginn des Bewilligungszeitraums bzw. Durchführungszeitraums zahlungswirksam sind, werden berücksichtigt. Werden Lohn-/Gehaltsänderungen, unabhängig von der Dauer des Vorhabens erst im Verlauf des Vorhabens zahlungswirksam und sind bereits mit Bewilligung bestimmbar, können diese nur berücksichtigt werden, wenn es sich um Anpassungen aufgrund der Änderung von gesetzlich geregelten Mindestlöhnen oder Tariflöhnen handelt oder von Löhnen, die auf Regelungen von Kommissionen basieren, welche auf der Grundlage kirchlichen Rechts Arbeitsbedingungen für den Bereich kirchlicher Arbeitgeber festlegen.

Sofern Lohnerhöhungen aufgrund der im vorigen Absatz Anpassungen von Löhnen zum Zeitpunkt der Bewilligung berücksichtigt werden sollen, müssen gegebenenfalls mehrere Vereinfachte Kostenoptionen für die betreffende/n Person/en und den entsprechenden Zeitraum bewilligt werden.

Bei mehrmaliger versicherungsfreier kurzfristiger Beschäftigung der gleichen Person mit gleichen Stundensätzen im Vorhaben, wird die Vereinfachte Kostenoption nur einmalig zum Zeitpunkt des ersten Einsatzes ermittelt. Die für die Nachweisführung geforderten Unterlagen sind weiter für jeden Einsatz einzureichen.

b. Sofern der Zuwendungsempfänger dem Besserstellungsverbot unterliegt: abschließende Prüfung der Einhaltung des Besserstellungsverbotes durch Abgleich des Arbeitnehmerbruttos als Plausibilitätsprüfung mit der Eingruppierungsmatrix (Anlage 2), bei Überschreitung Kürzung auf Obergrenze der jeweiligen Entgeltgruppe (Ausnahme TVöD); kein Besserstellungsverbot: Höhenbegrenzung gemäß Eingruppierungsmatrix

c. Aufschlag des Arbeitgeber-SV-Anteils – ergibt Arbeitgeberbrutto

Es gelten folgende SV-Pauschalsätze:

Arbeitnehmerbrutto (AN-Brutto) Pauschalsatz Arbeitgeber-SV-Anteil	Arbeitnehmerbrutto (AN-Brutto) Pauschalsatz Arbeitgeber-SV-Anteil
kurzfristige Beschäftigung	0,24 %
Werkstudenten	9,30 %
bis 538,00 EUR	28,24 %
ab 538,01 EUR bis 842,39 EUR	25,00 %
ab 842,40 EUR bis 2.000,00 EUR	21,00 %
ab 2.000,01 EUR bis 5.175,00 EUR	20,50 %
ab 5.175,01 EUR bis 7.450,00 EUR	17,70 %
ab 7.450,01 EUR	1.315,06 EUR

- Beispiel Gehalt Vollzeit: 3.299,66 EUR + 676,43 EUR (20,50 %) = 3.976,09 EUR Arbeitgeberbrutto pro Monat

- Beispiel Gehalt Teilzeit (30 Stunden): 2.474,75 EUR + 507,32 EUR (20,50 %) =

Förderfähige Ausgaben und Kosten, SMK-JTF-Richtlinie, FZR 2021 – 2027
Infoblatt VKO Personenbezogene Pauschale Lehrkräftefortbildungen

2.982,07 EUR Arbeitgeberbrutto pro Monat

- Beispiel Stundenlohn geringfügig Beschäftigte: 460,89 EUR + 130,16 EUR (28,24 %) = 591,05 EUR Arbeitgeberbrutto pro Monat

Darüber hinaus kann der ermittelte prozentuale Wert für den bruttolohnabhängigen Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung zum AG-SV-Anteil hinzugerechnet werden. Dies gilt nicht bei mitarbeitenden Unternehmern oder Gesellschaftern von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften.

Bei der Festlegung der Personenbezogenen Pauschale wird immer der jeweils aktuelle SV-Satz berücksichtigt, d. h. auch bei Änderungsbescheiden laufender Vorhaben kommt der jeweils aktuell gültige SV-Satz gemäß oben aufgeführter Tabelle zur Anwendung.

Berechnung des Arbeitgeberbruttos als Betrag pro Jahr

Bei Teilzeitbeschäftigung ist das Arbeitgeberbrutto auf eine Vollzeitbeschäftigung unter Verwendung des Verhältnisses der vom Antragsteller angegebenen Vollzeit- und Teilzeit-Stunden hochzurechnen, ggf. sind hier Jahressonderzahlungen und Einmalzahlungen zu berücksichtigen.

- Beispiel Gehalt bei Vollzeitbeschäftigung:
3.976,09 EUR x 12 Monate = 47.713,08 EUR Arbeitgeberbrutto pro Jahr

- Beispiel Stundenlohn bei Teilzeit (gemäß Angabe des Antragstellers beträgt der Umfang der Teilzeitbeschäftigung 8 Wochenstunden bei 40 Wochenstunden Vollzeit im Unternehmen):

591,05 EUR x 40/8 (Verhältnis Vollzeit/Teilzeit) x 12 Monate = 35.463,00 EUR Arbeitgeberbrutto pro Jahr

Ermittlung der personenbezogenen Vereinfachten Kostenoption unter Verwendung der einheitlichen jährlichen durchschnittlichen Arbeitszeit: Division durch 1.720 Stunden durchschnittliche jährliche Arbeitszeit

- Beispiel Gehalt: 47.713,08 EUR / 1.720 Stunden = 27,74 EUR pro Stunde

- Beispiel Stundenlohn: 35.466,40 EUR / 1.720 Stunden = 20,62 EUR pro Stunde

Ergebnis (mathematisch gerundet):
27,74 EUR/Std. (Gehalt) = Kosten je Einheit für Personalkosten für Mitarbeiter/in X

Vorhabensbezogene Ermittlung der Personalkosten

Beispiel: Mitarbeiter/in X wird 40 Stunden für das Vorhaben tätig, oder
für die Arbeitsaufgabe X werden 40 Stunden benötigt:
27,74 EUR pro Stunde x 40 Stunden = 1.109,60 EUR zu fördernde Personalkosten, diese werden bewilligt

Abrechnung

Zum Zeitpunkt der Abrechnung werden die tatsächlich für das Vorhaben erbrachten Stunden mittels taggenauer Tätigkeitsnachweise nachgewiesen und die Personalkosten mittels dieser nachgewiesenen Stunden ermittelt:

Beispiel: tatsächlich nachgewiesen wurden 38 Arbeitsstunden für das Vorhaben: 27,74 EUR pro Stunde x 38 Stunden = 1.054,12 EUR Personalkosten, diese werden gefördert

Nachweisführung / einzureichende Unterlagen:

Im Folgenden werden die in Bezug auf die Personalkosten vorzulegenden Unterlagen am Beispiel eines Qualifizierungsvorhabens bei einem Bildungsträger dargestellt:

Zeitpunkt und geforderte Unterlagen im Zusammenhang mit der Gewährung der Vereinfachten Kostenoption
Bewilligung - Kopie des unterzeichneten Arbeitsvertrages; Verträge für Werkstudenten sind kenntlich zu machen; - Nachweis des Jahresentgeltes (i. d. R. per Dezember oder Januar); wenn nicht vorhanden: Nachweis des aktuellen monatlichen Entgeltes (einmalig), - Nachweis der Jahressonder- oder Einmalzahlungen - ggf. Nachweis über Entgeltvereinbarung, die der Höhe nach vom Jahresentgelt abweichen und zu Beginn des Bewilligungszeitraumes oder später zahlungswirksam werden/ ist (geänderter Arbeitsvertrag oder anderweitig begründete Unterlage) - ggf. Nachweis über bekannte Änderungen des gesetzlichen Mindestlohnes oder von Tariflöhnen im späteren Projektverlauf - Angabe der Qualifikation (sofern die Qualifikationsnachweise der Bewilligungsstelle nicht bereits aufgrund der Vorhabenskonstruktion oder den Angaben im Antrag vorliegen, werden sie im Verfahren durch die Bewilligungsstelle angefordert)
Änderungsanträge aufgrund von Personaländerungen - Kopie des geltenden Arbeitsvertrages, Verträge für Werkstudenten sind kenntlich zu machen - Nachweis des Jahresentgeltes (i.d.R. per Dezember oder Januar), wenn nicht vorhanden: Nachweis des aktuellen monatlichen Entgeltes (einmalig) - Nachweis über Jahressonder- oder Einmalzahlungen - ggf. Nachweis über Entgeltvereinbarung, die der Höhe nach vom Jahresentgelt abweichen und zu Beginn des Bewilligungszeitraumes zahlungswirksam ist (geänderter Arbeitsvertrag oder anderweitig begründete Unterlage) - ggf. Nachweis über bekannte Änderungen des gesetzlichen Mindestlohnes oder von Tariflöhnen im späteren Projektverlauf - Angabe der Qualifikation (Nachweis der Qualifikation auf Anforderung der SAB im weiteren Verfahren)
Zwischennachweis und Verwendungsnachweis: - Einreichung auf Anforderung: taggenaue Tätigkeitsnachweise über die tatsächlich erbrachten Stunden mit Unterschrift der leistungserbringenden Person und der zeichnungsberechtigten Person des Zuwendungsempfängers für die tatsächliche Erbringung der Leistung, für welche die Personenbezogene Pauschale gewährt wird - Einreichung auf Anforderung: kumulierter Stundennachweis über tatsächlich erbrachte Stunden, idealerweise einer für alle Projektmitarbeiter für die eine Personenbezogene Pauschale Anwendung findet (Hinweis: Der kumulierte Stundennachweis wird durch die obligatorisch einzuhaltenden Vordrucke zum Zwischen- und Verwendungsnachweis automatisch erzeugt.)

Förderfähige Ausgaben und Kosten, SMK-JTF-Richtlinie, FZR 2021 – 2027
Infoblatt VKO Personenbezogene Pauschale Lehrkräftefortbildungen

bruttolohnabhängiger Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung

Grundlage für die prozentuale Erstattung des Beitrages zur gesetzlichen Unfallversicherung (z. B. Berufsgenossenschaft, Unfallkasse) für eigenes Personal des Zuwendungsempfängers ist die Vorlage des aktuellen Beitragsbescheides (Bescheid betrifft das Vorjahr) bei der Bewilligungsstelle. Dieser muss jährlich bis spätestens Juni neu vorgelegt werden, sonst entfällt die Förderung des Anteils des Beitrages zur gesetzlichen Unfallversicherung.

Die Berechnung des prozentualen Wertes erfolgt einmal jährlich anhand der auf dem Beitragsbescheid ausgewiesenen Angaben zum Bruttoarbeitsentgelt und zum zu zahlenden Beitrag. Eventuell ausgewiesene Lastenausgleiche und Anteile an Rentenaltlasten werden mitberücksichtigt.

Der zu zahlende Beitrag wird ins Verhältnis zum auf dem Bescheid ausgewiesenen Bruttoarbeitsentgelt gesetzt:

Beispiel:
auf dem Bescheid ausgewiesenes Bruttoarbeitsentgelt Firma X: 600.000,00 EUR
ausgewiesener Beitrag incl. Lastenausgleiche/ Rentenaltlast: 8.377,60 EUR
600.000,00 EUR 100 %
8.377,60 EUR 1,396%

Festlegung: Rundung auf 1 Stelle nach dem Komma: 1,4%

Der ermittelte prozentuale Wert x wird zum AG-SV-Anteil hinzugerechnet und findet Anwendung bis zur nächsten Aktualisierung. Die aktualisierten Werte finden Anwendung bei ab der Aktualisierung zu bewilligenden Vereinfachten Kostenoption.

Der in einer bewilligten Vereinfachten Kostenoption enthaltene Anteil des bruttolohnabhängigen Beitrags zur gesetzlichen Unfallversicherung erfährt keine Änderung.

Beiträge zur Unfallversicherung von mitarbeitenden Unternehmern oder Gesellschaftern von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften werden nicht berücksichtigt.

Förderfähige Ausgaben und Kosten, SMK-JTF-Richtlinie, FZR 2021 – 2027
Infoblatt VKO Personenbezogene Pauschale Lehrkräftefortbildungen

Anlage 2, Stand 26. August 2024

Eingruppierungsmatrix *)

Erforderliche Qualifikation		**einfache Tätigkeiten, An- und Ungelernte**	**abgeschlossene Berufsausbildung, Absolventen von Fachschulen**	**Personen mit Meisterprüfung, Bachelor- oder Fachhochschulabschluss und vergleichbare Qualifikationen in Wirtschaft und Verwaltung**	**mindestens abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Diplom oder Master)**	**berufene Professoren und promovierte Personen oder leitende Tätigkeit mit hohem Maß an Verantwortung**
Abgleich mit zum Zeitpunkt der Bewilligung geltender Obergrenze TV-L- Entgeltgruppe (E)		bis E4 (Endstufe)	bis E 8 (Endstufe)	bis E 12 (Endstufe)	bis E 14 (Endstufe)	bis E 15 (Endstufe)
Lehrtätigkeit -Theorie -Praxis -Anleiter	auch bei mitarbeitenden Unternehmern bzw. Gesellschaftern von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften, dann bereits einschließlich SV		x	x	x	x
Projekt(mit)arbeit		x	x	x	x	
Projektleitung Projektkoordination			x	x	x	x
konzeptionelle Arbeit			x	x	x	
technischer Support		x	x	x	x	

*) Die Eingruppierung wurde in Anlehnung an TV-L, Anlage A vorgenommen. Es handelt sich um Obergrenzen, die den Vergleich des tatsächlich gezahlten Entgeltes mit den Entgelten nach TV-L ermöglichen sollen. Der Zuwendungsempfänger selbst bemisst die zu zahlenden Entgelte u. a. anhand seiner Leistungsfähigkeit. Eine Eingruppierung der Tätigkeiten in die TV-L-Entgeltgruppen, die alle Facetten des TV-L berücksichtigt, war nicht beabsichtigt und ist auch nicht möglich. Hierfür wäre eine detaillierte Analyse jedes Arbeitsverhältnisses nötig, was unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verursachen würde und von der Verwaltung nicht zu leisten ist.